

## GEMEINDE Biberstein

### Referendumsbegehren

Die unterzeichneten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der **Einwohnergemeinde Biberstein** verlangen, gestützt auf § 31 des Gemeindegesetzes, dass der nachstehende, an der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. Juni 2023 gefasste Beschluss der Urnenabstimmung unterstellt wird:

*"Die Gemeindeversammlung genehmigt die überarbeitete Gesamtrevision der Nutzungsplanung Biberstein mit 121 zu 68 Stimmen."*

**Hinweis:** Es macht sich strafbar, wer unbefugt an einem Initiativ- oder Referendumsbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder bei einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

*(Bitte handschriftlich und gut lesbar ausfüllen)*

Nr.	Name	Vorname	Jahrgang	Adresse (Strasse, Hausnummer)	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
11						
12						
13						
14						
15						

Eingang Gemeindekanzlei:

## Rechtliche Bestimmungen zu Referendum und Initiative in Gemeinden

### Auszug aus dem kant. Gesetz über die politischen Rechte (GPR) vom 10. März 1992:

#### § 62a Allgemein

<sup>1</sup> Soweit die nachstehenden Bestimmungen keine Abweichungen enthalten, kommen in Gemeinden mit Gemeindeversammlung [...] die Vorschriften in den §§ 43, 45, 46 Abs. 2 und 3 sowie 54 Abs. 2 sinngemäss zur Anwendung.

#### § 62b Form

<sup>1</sup> Initiativ- und Referendumsbegehren kommen durch Sammlung von Einzelunterschriften auf Unterschriftenlisten (Bogen, Blatt, Karte) zu Stande. Diese haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Wortlaut des Begehrens;
- b) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Initiativ- oder Referendumsbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

#### § 62c Inhalt

<sup>1</sup> Das Initiativbegehren kann jeweils nur einen einzelnen, in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten an der Urne, der Gemeindeversammlung oder des Einwohnerrats fallenden Gegenstand zum Inhalt haben.

<sup>2</sup> Das Referendumsbegehren darf sich nur gegen einen einzelnen Beschluss der Gemeindeversammlung [...] richten, muss denselben eindeutig bezeichnen und darf keine Bedingungen enthalten.

#### § 62d Unterschriftenzahl

<sup>1</sup> Massgebend für die Berechnung der erforderlichen Unterschriftenzahl ist die Zahl der Stimmberechtigten am Tag der Hinterlegung des Initiativ- oder Referendumsbegehrens bei der Gemeindekanzlei.

#### § 62e Hinterlegung

<sup>1</sup> Vor Beginn der Unterschriftensammlung für ein Initiativ- oder Referendumsbegehren ist die Unterschriftenliste bei der Gemeindekanzlei zu hinterlegen.

#### § 62f Einreichung, Rückzug

<sup>1</sup> Die Unterschriftenlisten eines Referendums- oder Initiativbegehrens sind der Gemeindekanzlei einzureichen. Sie stellt den Zeitpunkt des Eingangs fest, vermerkt diesen auf den Listen und prüft die Stimmberechtigung der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

<sup>2</sup> Die Unterschriftenlisten eines Initiativbegehrens sind spätestens 12 Monate nach der Hinterlegung einzureichen.

<sup>3</sup> Ein Initiativbegehren kann vom Initiativkomitee bis zur Festsetzung der Urnenabstimmung zurückgezogen werden.

#### § 62g Feststellung des Zustandekommens, Veröffentlichung

<sup>1</sup> Der Gemeinderat stellt fest, ob das Referendums- oder Initiativbegehren den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die vorgeschriebene Anzahl gültiger Unterschriften aufweist, und erklärt es gegebenenfalls als zu Stande gekommen.

<sup>2</sup> Das Ergebnis der Prüfung sowie die Zahl der gültigen und ungültigen Unterschriften sind im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen.

#### § 46 Einreichung des Referendums, Vernichtung der Unterschriftenlisten

<sup>1</sup> Das Referendumsbegehren ist innerhalb der Referendumsfrist [...] einzureichen.

<sup>2</sup> Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden. [...]

<sup>3</sup> Der Rückzug eines Referendumsbegehrens ist nicht zulässig.

#### § 43 Unterschrift

<sup>1</sup> Die Stimmberechtigten müssen ihren Namen handschriftlich und leserlich auf die Unterschriftenliste setzen sowie zusätzlich ihre eigenhändige Unterschrift beifügen. Schreibunfähige können die Eintragung ihres Namens durch eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl vornehmen lassen.

<sup>2</sup> Sie müssen alle weiteren Angaben machen, die zur Feststellung ihrer Identität nötig sind, wie Vornamen, Jahrgang, Adresse.

<sup>3</sup> Sie dürfen das gleiche Referendumsbegehren nur einmal unterschreiben

### Auszug aus der kant. Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte (VGPR) vom 25. November 1992:

#### § 41a Veröffentlichung

<sup>1</sup> Der Urnenabstimmung unterstehende Beschlüsse hat der Gemeinderat unverzüglich unter Angabe des Ablaufs der Referendumsfrist zu veröffentlichen.

<sup>2</sup> Vor Beginn der Frist für ein Referendumsbegehren dürfen keine Unterschriftenlisten unterzeichnet werden.

### Auszug aus dem Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesetz) vom 19. Dezember 1978

#### § 31 Fakultatives Referendum

<sup>1</sup> Positive und negative Beschlüsse der Gemeindeversammlung sind der Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von einem Zehntel der Stimmberechtigten innert 30 Tagen, gerechnet ab Veröffentlichung, schriftlich verlangt wird.

<sup>2</sup> Die Gemeindeordnung kann die Zahl der erforderlichen Unterschriften auf höchstens einen Viertel der Stimmberechtigten erhöhen.

### Auszug aus der Gemeindeordnung vom 5. Dezember 1980, mit Änderungen vom Dezember 2003

#### § 5 Fakultatives Referendum

Die dem fakultativen Referendum unterliegenden positiven und negativen Beschlüsse der Gemeindeversammlung sind der Urnenabstimmung zu unterbreiten, wenn dies von einem Fünftel der Stimmberechtigten innert dreissig Tagen, gerechnet ab Veröffentlichung, schriftlich verlangt wird.